

# Was planen die Parteien?

Ein Vergleich der Programme zur Bundestagswahl 2021  
mit Blick auf die Immobilienverwaltungsbranche

September 2021 · [www.vdiv.de](http://www.vdiv.de)



## Impressum

### Was planen die Parteien?

Ein Vergleich der Programme zur Bundestagswahl 2021 mit Blick auf die Immobilienverwaltungsbranche

### Herausgeber:

Verband der Immobilienverwalter Deutschland e. V.  
Leipziger Platz 9  
10117 Berlin

T 030 300 96 79 - 0

F 030 300 96 79 - 21

office@vdiv.de

[www.vdiv.de](http://www.vdiv.de)

### Ansprechpartner:

Martin Kaßler · Geschäftsführer

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1. Bauen und Wohnen</b>	<b>6</b>
Mietenpolitik	6
Bodenpolitik	9
Eigentumsbildung	10
Neubau	12
<b>2. Energie- und Klimapolitik</b>	<b>14</b>
<b>2.1. Erneuerbare Energien</b>	<b>14</b>
Besteuerung (CO <sub>2</sub> -Preis, EEG-Umlage)	14
Mieterstrom und Photovoltaik	16
<b>2.2. Energetische Sanierung</b>	<b>17</b>
Energieeffizienz-Standards	17
Förderung	18
<b>2.3. Elektromobilität</b>	<b>19</b>
<b>3. Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>20</b>
Weiterbildung	20
Arbeitszeitregelungen	21
Homeoffice	22



# Vorwort

Am 26. September findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Die Herausforderungen für die nächste Regierung sind enorm. Die Covid-19-Pandemie hat dazu geführt, dass die Klima- und Mobilitätswende in weiten Teilen des Gebäudebereichs zum Stillstand gekommen ist, da Beschlüsse für Sanierungsmaßnahmen praktisch vollständig ausgeblieben sind. In der Baupolitik wurde darüber hinaus das selbstgesteckte Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode verfehlt, im Bereich Wohnen hat unter anderem der gescheiterte „Berliner Mietendeckel“ für Verunsicherung in der Branche gesorgt.

Klar ist: schnelles und entschlossenes Handeln wird erforderlich sein, um die ambitionierten Klimaziele für 2030 nicht zu verfehlen und den bestehenden Wohnraumbedarf zu decken. Der VDIW Deutschland hat bereits im Frühsommer mit einem 20-Punkte-Programm Stellung bezogen und konstruktive Impulse geliefert. In seinem Positionspapier (abrufbar unter [www.vdiv.de](http://www.vdiv.de)) hat er insbesondere dafür geworben, reine digitale Eigentümerversammlungen zu ermöglichen, damit Verwaltungen und Wohnungseigentümergeinschaften vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie handlungsfähiger werden, dringend notwendige Beschlüsse nicht weiterhin aufgrund ausbleibender Präsenzversammlungen verschoben werden müssen und um Verwaltungen zeitgemäß aufzustellen.

Im Bereich der Baupolitik wird es in der kommenden Legislaturperiode darauf ankommen, die Möglichkeiten zum Erwerb von Wohneigentum weiter zu stärken. Der VDIW hat vor diesem Hintergrund eine deutliche Absenkung der im internationalen Vergleich extrem hohen Erwerbsnebenkosten gefordert. Darüber hinaus sollten die Finanzierungs- und Förderwege für den Erwerb von Wohneigentum ausgebaut und die Möglichkeiten zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht weiter beschränkt werden.

Auch im Bereich der Klima- und Energiepolitik hat der VDIW klare Handlungsfelder aufgezeigt. Um die Klima- und Mobilitätswende im Gebäudebestand erfolgreich umzusetzen, müssen finanzielle Anreize passgenau ausgestaltet und Verwalter stärker als zuvor einbezogen werden. Darüber hinaus müssen bestehende Förderansätze weiter intensiviert und insbesondere die spezifischen Herausforderungen von Eigentümergeinschaften in der Fördersystematik stärker berücksichtigt werden.

Mittlerweile haben alle Parteien ihre Wahlprogramme verabschiedet und ihre Pläne für die kommenden fünf Jahre vorgestellt. Was davon am Ende im Koalitionsvertrag steht, bleibt offen. Denn Umfragen zufolge sind mehrere Konstellationen möglich. Wir stellen Ihnen im Folgenden die unterschiedlichen Konzepte potenzieller Regierungsparteien näher vor. Dabei wollten wir es genau wissen und haben auf Basis der verabschiedeten Wahlprogramme die Positionen der einzelnen Parteien in den Bereich Bauen, Wohnen, Klima, Energie und Arbeitsmarkt einander gegenübergestellt.

Gehen Sie verantwortungsbewusst mit Ihrem Wahlrecht um, vor allem aber gehen Sie zur Wahl!

Wolfgang D. Heckeler  
*Präsident*  
VDIV Deutschland

Martin Kaßler  
*Geschäftsführer*  
VDIV Deutschland

# 1. Bauen und Wohnen

## Mietenpolitik

CDU/CSU

**Angebot vergrößern, kein Mietendeckel:** „Der beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Wir setzen nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packen das Problem an der Wurzel. Nur wenn das Wohnungsangebot steigt, können Mieten stabil bleiben.“ (S. 123)<sup>1</sup>

SPD Soziale Politik für Dich.

**Mietenmoratorium:** „In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietmoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden.“ (S. 37)

**Mietpreisbremse entfristen:** „Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen. Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels wollen wir bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestalten und seine Bedeutung stärken. Mietspiegel dürfen keine bloßen Neumietspiegel sein. Deshalb werden wir künftig mindestens die vertraglich vereinbarten Mieten der vergangenen acht Jahre bei ihrer Aufstellung heranziehen.“ (S. 37)

**Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich:** „Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten.“ (S. 38)

Freie Demokraten FDP

**Mietpreisbremse abschaffen, Mietendeckel verhindern:** „Wir Freie Demokraten wollen die Mietpreisbremse abschaffen und einen bundesweiten Mietendeckel verhindern. Die Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen wollen wir verbessern. Die lineare Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent erhöht werden.“ (S. 85)

**Ausgleich über das Wohngeld:** „Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit niedrigem Einkommen einen echten Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die soziale Wohnraumversorgung an der potentiellen Mieterin beziehungsweise am potentiellen Mieter und nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Wir wollen zahlungsschwachen Wohnungssuchenden den Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des Wohngeldes erleichtern. Erst wenn dort die Wohnungssuche erfolglos bleibt, soll die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung erteilt werden.“ (S. 86)

<sup>1</sup> Die nach einem Zitat folgende Seitenzahl bezieht sich auf das Wahlprogramm der entsprechenden Partei. Im Original vorhandene Fehlschreibungen wurden übernommen. Wird die Perspektive einer Partei zu einem bestimmten Aspekt nicht aufgeführt, fehlt hierzu eine konkrete Aussage im entsprechenden Wahlprogramm.

**Bundesweiter Mietendeckel:** „Wir wollen Mietendeckel im gesamten Bundesgebiet möglich machen. [...] Auch für Kleingewerbe wollen wir die Voraussetzungen vereinfachen: Der Bund muss dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.“ (S. 40)

**Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten:** „Die Mietpreisbremse der Regierung funktioniert nicht. Wir unterstützen die Kampagne ‚Mietenstopp‘ und fordern bundesweit überall dort, wo es einen angespannten Wohnungsmarkt gibt, einen Mietenstopp für bestehende Mietverträge. Dort müssen die Mieten eingefroren werden. Kommunen sollen ermächtigt werden, einen angespannten Wohnungsmarkt festzustellen.“ (S. 40)

**Wohnungsbestand dem Markt entziehen:** „Wir wollen „50 Prozent des Wohnungsmarktes in öffentlicher und gemeinnütziger Hand. [...] Perspektivisch wollen wir den Wohnungsbestand komplett dem Markt entziehen.“ (S. 41)

**Einschränkung bei Eigenbedarfskündigung:** „Das Recht auf Kündigung aus Eigenbedarf darf nur noch für die engste Familie gelten. Vorgetäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen, die seit langer Zeit in ihrer Wohnung leben oder über 70 Jahre alt sind oder an einer schweren Erkrankung leiden sowie Alleinerziehenden soll gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.“ (S. 41)

**Mietwohnungen in angespannten Wohnungsmärkten:** „Mietwohnungen in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten dürfen nicht als Ferienwohnung angeboten werden. Für nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine Fairbnb-Alternative zu Anbietern wie AirBnB schaffen, die Wohnraum zweckentfremden, nur auf Profite zielen und an den Börsen notiert sind.“ (S. 41)

**Stärkere Kontrolle von Vermietern:** „Gegen Mietwucher, Entmietungen und andere Formen des Missbrauchs sind wirksame Kontrollen, eine öffentliche Beschwerdestelle und deutlich mehr Personal nötig, um die Rechte der Mieter\*innen effektiv durchzusetzen. Vermieter\*innen, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden. Die strafrechtliche Verfolgung von Mietwucher wollen wir erleichtern.“ (S. 41)

**Modernisierungumlage abschaffen:** „Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Die Modernisierungumlage wollen wir abschaffen, sie dient der Mietsteigerung – nicht dem Klimaschutz.“ (S. 42)

**Recht auf Mietstreik:** „Es braucht kollektive Mieter\*innenrechte und ein Recht auf Mietstreik.“ (S. 42)

**Bundeseinheitliche Mietobergrenzen einführen, Mietpreisbremse entfristen:** „Es wird ein bundeseinheitliches Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass Mietobergrenzen im Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich nachgeschärft wird. [...] Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.“ (S. 131)

**Qualifizierte Mietspiegel stärken, Modernisierungsumlage absenken:** Wir wollen „qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten. [...] Wir streben an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch warmmietenneutral möglich sind. [...] Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieter\*innen schaffen wir ab.“ (S. 131f.)

**Kommunales Vorkaufsrecht stärken:** Wir stärken „das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines Ertragswerts, der bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet.“ (S. 132)

**Mietwucher ahnden, Eigenbedarfskündigungen beschränken:** „Mietwucher muss – nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden. Eigenbedarfskündigungen sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die Eigentümer\*innen und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden.“ (S. 132)

**KfW-Programm bei Mietausfall:** „Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter\*innen und Kreditnehmer\*innen sicherstellen. Vermieter\*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.“ (S. 131)



## Bodenpolitik



**Vorkaufsrecht der Kommunen stärken, Spekulationen stoppen:** „Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen wichtig.“ (S. 37)

**Bodenfonds einführen:** „Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau.“ (S. 37)

**Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne abschaffen:** „Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen und einen Planungswertausgleich einführen, um leistungslose Bodenwertgewinne der Allgemeinheit zukommen zu lassen.“ (S. 37)

## DIE LINKE.

**Bodenpreise deckeln:** „Die Bodenpreise für den sozialen Wohnungsbau müssen in den Städten und für Familienwohnen auf dem Land zweckgebunden gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch bezahlbare Mieten möglich.“ (S. 43)

**Privatisierung öffentlicher Grundstücke ausschließen:** „Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem Bodensicherungsgesetz ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben.“ (S. 43)

**Bodenankaufprogramm initiieren:** „Um den Anteil öffentlichen Eigentums an Boden zu erhöhen, fordern wir ein Ankaufprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich, aus dem Bund, Länder und Kommunen Mittel für den Erwerb von Boden erhalten.“ (S. 43)



**Bezahlbaren Wohnraum mit der Schaffung eines Bodenfonds sichern:** „Wir wollen erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte Bodenpolitik betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum, kulturellen, sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der Fonds kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften ein Erstzugriffsrecht erhalten.“ (S. 133)

## Eigentumsbildung

CDU/CSU

**Familien stärker unterstützen:** „Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat, soll stärker davon profitieren. Dazu sollten Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbilligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Ebenso wollen wir energetische Sanierungen des Familieneigenheims fördern.“ (S. 77)

**Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer:** „Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.“ (S. 77)

**Mietkaufmodelle für mehr Wohneigentum:** „Attraktive Mietkaufmodelle sollen es vor allem jungen Menschen mit geringerer Kapitalausstattung ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben.“ (S. 126)

SPD Soziale Politik für Dich.

**Zentrales Immobilienregister:** „Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent machen.“ (S. 37)

**Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern:** „Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, werden wir in angespannten Wohnlagen den Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern. Wir werden Mietkaufmodelle fördern und ein Programm ‚Jung-Kauft-Alt‘ für den Erwerb von Bestandsimmobilien insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen auflegen.“ (S. 37)

Freie Demokraten FDP

**Grunderwerbssteuerfreibetrag für Selbstnutzer:** „Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum entlasten. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht.“ (S. 84)

DIE LINKE.

**Weitgehendes Umwandlungsverbot einführen:** „Wir wollen ein weitgehendes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.“ (S. 41)

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Makler-Courtage reduzieren, Bestellerprinzip auch beim Kauf einführen:** „Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender Immobilienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den Erwerb von Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip ‚Wer den Makler bestellt, bezahlt‘ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich zu reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt.“ (S. 134)

**Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer senken, Mietkauf fördern:** Wir wollen „die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den Steuersatz der Grunderwerbsteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir.“ (S. 134)

**Umwandlungsverbot ausweiten:** Das Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch soll ausgeweitet werden. (Vgl. S. 132)

**Transparenz durch Immobilienregister und kostenfrei zugängliche Grundbücher:** „Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant\*innen sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Wir planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer\*innen einzuführen, die Grundbücher auch für Journalist\*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner\*innen der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu verbieten.“ (S. 132f.)

**Steuerumgehung beenden, Spekulation mit Bauland unterbinden:** „Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten ‚Share Deals‘ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen besteuert werden. Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer\*innen, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch die Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.“ (S. 133)

## Neubau

CDU/CSU

**Planungsprozesse digitalisieren:** „Sämtliche Akten und Urkunden bei Planungsprozessen müssen digitalisiert werden. Wir wollen dabei die Chancen der Blockchain-Technologie nutzen.“ (S. 36)

**Mehr Transparenz bei großen Bauprojekten:** „Wir werden eine neue Beteiligungskultur schaffen, die mehr Transparenz in die Planung großer Bauprojekte bringt und alle Akteure früh einbindet.“ (S. 36)

**Wohnraumoffensive fortsetzen:** „Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Wir führen unsere Wohnraumoffensive fort und setzen auf eine starke Wirtschaftsbranche, gute Bedingungen und Wertschätzung für unser Handwerk und die Freien und Planenden Berufe.“ (S.123)

**Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern:** „Als Investitionsanreiz werden wir die derzeit befristeten Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern. Derjenige, der neue Mietwohnungen schafft, soll auch nach Ende 2021 fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich von der Steuer absetzen können.“ (S. 124)

**Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen:** „Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen und gemeinsam mit den Ländern Umsetzungshemmnisse abbauen.“ (S. 124)

**Anzahl der Bauvorschriften verringern:** „Wir wollen die Anzahl der Bauvorschriften signifikant verringern. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein – andernfalls gilt er grundsätzlich als genehmigt.“ (S. 124)

**Potenzial von Nachverdichtung und Aufstockung nutzen:** „Wir wollen das große Potenzial von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten und der Brachflächenentwicklung ausschöpfen. Deshalb werden wir die Brachlandentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung verstärken und die Nachverdichtung fördern.“ (S. 124)

SPD Soziale Politik für Dich.

**100.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr:** „Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten vor allem für den erforderlichen Neubau sowie die Quartiersentwicklung und den Klimaschutz. Nach wie vor ist der Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich. Daneben führen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein und fördern damit ein zusätzliches nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt.“ (S. 37)

Freie Demokraten FDP

**Neuregelungen kritisch überprüfen:** „Wir Freie Demokraten wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen massive Kosten. Daher wollen wir einen Baukosten-TÜV einführen, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt. [...] Insbesondere EU-Richtlinien dürfen nicht über das erforderliche Maß hinaus umgesetzt werden.“ (S. 85)

**Genehmigungsverfahren beschleunigen:** „Wir Freie Demokraten wollen die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu wollen wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren entwickeln. Die Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden, sodass dort einheitliche Anforderungen an den modularen und seriellen Bau enthalten sind.“ (S. 85)

**Baulücken konsequent ausnutzen:** „Wir Freie Demokraten wollen ein Baulücken- und Potentialflächenkataster einführen. Auf dessen Grundlage können die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete Zeit- und Maßnahmenpläne zur Bebauung dieser Flächen entwickeln. Hindernisse bei der Wiederverwertung von Brachflächen sind konsequent zu beseitigen. Der Bund muss die Länder im Rahmen der Bauministerkonferenz außerdem zu einer Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung, etwa bei der Stellplatz- und Aufzugspflicht, anhalten und mittels der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.“ (S. 85)

**Digitalen Bauantrag einführen:** „Wir Freie Demokraten wollen den digitalen Bauantrag einführen, um die Bearbeitung zu vereinfachen, zu beschleunigen und teilweise zu automatisieren. Denn die Arbeitsabläufe und Verfahren in den Genehmigungsbehörden sind aus der Zeit gefallen. Wie bei der Steuererklärung wollen wir für alle Antragsteller ein bundesweit zentrales digitales Portal schaffen, mit dem digitale Bauanträge eingereicht werden können.“ (S. 85f.)

## **DIE LINKE.**

**250.000 neue bezahlbare Wohnungen pro Jahr:** „Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Wir schaffen mindestens 250.000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr, deren Mieten sich ganz normale Beschäftigte leisten können.“ (S. 58)



**Nachhaltigkeit im Bau, Bestehendes hat Vorrang vor Neubau:** „Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind künftig der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau umfassend zu berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau.“ (S. 134)

## 2. Energie- und Klimapolitik

### 2.1. Erneuerbare Energien

#### Besteuerung (CO<sub>2</sub>-Preis, EEG-Umlage)

CDU/CSU

**Emissionshandel auf Verkehr und Wärme ausweiten:** „Wir werden den europäischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor ausweiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet.“ (S. 21)

**Umfassender europäischer Emissionshandel:** Wir „streben [...] einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an.“ (S. 41)

**Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises straffen:** „Wir wollen den Aufwuchspfad der CO<sub>2</sub>-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.“ (S. 41)

**EEG-Umlage abschaffen, CO<sub>2</sub>-Kosten über günstigeren Strompreis zurückgeben:** „Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.“ (S. 41)

**Gezielte Kompensation von Mehrbelastungen durch Emissionshandel:** „Wir setzen auf das Instrument des Emissionshandels und kompensieren entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität.“ (S. 41)

SPD  
Soziale  
Politik für  
Dich.

**EEG-Umlage in bestehender Form abschaffen:** „Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen (Sektorenkopplung<sup>6</sup>), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.“ (S. 10)

**Für soziale Ausgleichsmaßnahmen zum CO<sub>2</sub>-Preis sorgen:** „Wir werden dafür sorgen, dass Bürger\*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Mit dem Ansteigen des CO<sub>2</sub>-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen.“ (S. 10)

**CO<sub>2</sub>-Preis soll komplett vom Vermieter getragen werden:** „Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO<sub>2</sub>-Preis von den Vermieter\*innen getragen wird. Dabei orientieren wir uns am Ziel der Warmmieten-Neutralität. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.“ (S. 10)

**CO<sub>2</sub>-Preis als Instrument zur Lenkung von Investitionen:** „Mit dem CO<sub>2</sub>-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter\*innen zur Modernisierung motivieren. Gerade im Bestandsmietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun. Wir haben das Ziel, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden.“ (S. 10)

**International abgestimmtes Vorgehen beim CO<sub>2</sub>-Preis:** „Ziel muss ein über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einheitlichem CO<sub>2</sub>-Preis für alle sein.“ (S. 58f.)

**EEG-Umlage und Stromsteuer abschaffen:** „Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. So müssen auch die sozialen Kosten des Klimaschutzes abgemildert werden. Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate auf der einen Seite zu steigenden Preisen und auf der anderen Seite zu höheren staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) abschaffen sowie die Stromsteuer, die unabhängig von der Erzeugungsart und damit der Umweltwirkung erhoben wird, auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz absenken und so schnell wie möglich komplett streichen.“ (S. 59)

**Förderung erneuerbarer Energien nicht mehr über EEG-Umlage:** „Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir [...] die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren“. (S. 71)

**EEG-Umlage senken, Rückzahlung der CO<sub>2</sub>-Steuer in Form eines Energiegeldes:** „Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO<sub>2</sub>-Preis direkt an die Bürger\*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede\*r Bürger\*in erhält.“ (S. 20)

**CO<sub>2</sub>-Preisanstieg beschleunigen:** „Wir wollen die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO<sub>2</sub>-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert.“ (S. 20)

**EEG-Umlage soll langfristig auslaufen:** „Das EEG entwickeln wir [...] von einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG-Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.“ (S. 26)

## Mieterstrom und Photovoltaik

CDU/CSU

**Mieterstrom voranbringen, Hemmnisse abbauen:** „Wir werden ‚Mieterstrom‘ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen – auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der Energiewende profitieren wie Eigenheimbesitzer.“ (S. 125)

**Photovoltaik-Ausbau fördern, Genehmigungsverfahren einfach gestalten:** „Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Onlineplattform gestalten.“ (S. 43)

SPD Soziale Politik für Dich.

**Mieterstrom stärken, nachhaltige Beteiligungsmodelle ausweiten:** „In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger\*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.“ (S. 9)

**Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern:** „Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.“ (S. 9)

Freie Demokraten FDP

**Stromeigenversorgung vereinfachen:** Die „Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom und die marktwirtschaftliche Nutzung von Strom aus Altanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Förderung fallen, wollen wir vereinfachen.“ (S. 79)

DIE LINKE.

**Unterstützung von Mieterstromkonzepten:** „DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.“ (S. 70)

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Solardächer als neuer Standard:** „Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und Contractingmodelle können hier unterstützend wirken.“ (S. 22)



**Mieterstrom stärken, bürokratische Hürden abbauen:** „Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung des Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken.“ (S. 22)

## 2.2. Energetische Sanierung

### Energieeffizienz-Standards



**Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln:** „Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir Energie zugleich effizienter nutzen. Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.“ (S. 9)



**Bundesweiter Klimacheck, klimaneutraler Gebäudebestand bis 2035:** „Wir wollen einen bundesweiten Klimacheck aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen gebäudescharfen Stufenplänen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu erreichende Energieeffizienzniveaus zum Inhalt haben, wollen wir bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren und viele neue Arbeitsplätze schaffen.“ (S. 42)

**KfW 40 im Neubau:** „Die Neubaustandards wollen wir gesetzlich auf den Effizienzstandard KfW 40 anheben.“ (S. 42)



**Hohe Standards für Neubau und Bestand:** „Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische Sanierungen erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude.“ (S. 26f.)

## Förderung



**Bestandssanierung weiter fördern:** „Die Sanierung im Bestand werden wir weiter fördern und eine neue Umbaukultur für mehr bezahlbaren Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden entfachen.“ (S. 126)

**Kleinteilige Sanierungen besser fördern:** „Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen wichtig und wirksam sind.“ (S. 125)

**Weiterentwicklung der KfW-Förderung:** „Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten.“ (S. 44)

**Steuerförderung ausdehnen:** „Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.“ (S. 44)



**Sofortprogramm, Aufstockung der KfW-Programme:** „Wir wollen die Förderkulisse auf ein Sofortprogramm klimagerechte und sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit (erbaut zwischen 1949 und 1978) ausrichten. Dafür sollen – zusätzlich zur Aufstockung der laufenden Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf dauerhaft mindestens 10 Milliarden Euro jährlich – noch einmal 5 Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden.“ (S. 42)



**Sanierungsquote verdoppeln, KfW-Förderung weiterentwickeln:** „Die KfW-Förderprogramme werden wir weiterentwickeln, auch in Bezug auf die Verwendung nachhaltiger Baustoffe. [...] Die Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden.“ (S. 27)

**Sanierungsfahrplan bei jedem Eigentümerwechsel:** „Für den Bestand muss gelten: Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan vorgelegt werden. Bei der Umsetzung des Sanierungsfahrplans können Förderprogramme unterstützend wirken.“ (S. 27)

**Erneuerbare Wärme bei Neubau und Heizungstausch:** „Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird, aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum Einsatz kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente Wärmepumpen bis 2025 auf.“ (S. 27)

**Klimaneutrale Energiesysteme fördern:** „Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, von der Einzelbefehung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie Wärme eingespeist und gespeichert wird. [...] Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen Gebieten.“ (S. 27)

## 2.3. Elektromobilität

CDU/CSU

**Ladesäulen in alle gewerblichen und öffentlichen Neubauten:** „Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur entscheidend. Zur weiteren Beschleunigung wollen wir sie künftig in alle gewerblichen und öffentlichen Neubauimmobilien integrieren und diese auch in Parkhäusern verbessern. Unser Ziel ist es, das Ladesäulennetz so auszubauen, dass die Lademöglichkeiten ein Grund für den Wechsel auf Elektromobilität sind.“ (S. 49)

SPD  
Soziale  
Politik für  
Dich.

**15 Millionen E-Autos in 2030:** „Wir wollen die Elektrifizierung des Verkehrs massiv voranbringen. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren.“ (S. 12)

**Stromtanken vereinfachen, Fortschritt evaluieren:** „Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel. Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsauflagen und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.“ (S. 12)

# 3. Arbeitsmarktpolitik

## Weiterbildung



**Bildungsprämie und passgenaue Informationsangebote:** „Um die Beschäftigten mit den benötigten Zukunftskompetenzen auszustatten, wollen wir das Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen. Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit passgenauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung.“ (S. 83)



**Geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit:** „Mit unserem Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit werden wir ermöglichen, dass alle Erwerbstätigen im Lauf ihres Erwerbslebens auf eigene Initiative und mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb sich weiterbilden oder umschulen können. Wer Bildungszeit oder Bildungsteilzeit beantragt, erhält ein Recht, sich von seinem Beruf freustellen zu lassen oder die Arbeitszeit zu reduzieren.“ (S. 31)



**Midlife-BAföG:** „Wir Freie Demokraten wollen ein ‚Midlife-BAföG‘ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden. Damit schaffen wir ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben. Zudem soll die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar sein.“ (S. 18)



**Weiterbildungsanspruch mit gesichertem Einkommen:** „Wir schaffen einen Weiterbildungsanspruch für alle und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten mit einem Weiterbildungsgeld.“ (S. 16)

**Rechtsanspruch auf reduzierte Arbeitszeit bei Weiterbildung:** „Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können.“ (S. 19)



**Recht auf Weiterbildung mit Weiterbildungsgeld:** „Es braucht in der ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen.“ (S. 17)

**Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld für Unternehmen:** „Mit einem neuen Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren.“ (S. 17)

**Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht:** „Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen.“ (S. 153)

## Arbeitszeitregelungen

CDU/CSU

**Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** „Wir wollen das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen. Eltern sollen angesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten.“ (S. 76)

SPD Soziale Politik für Dich.

**Persönliches Zeitkonto:** „Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer\*innen ihre geleisteten Arbeitsstunden auf Langzeitkonten ansparen. Allerdings besteht bislang kein rechtlicher Anspruch darauf und nur ein kleiner Teil der Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen nutzt Langzeitkonten. Wir werden das Instrument zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln, um zusätzlich individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs zu schaffen. Basis eines solchen Zeitkontos sind Zeiteinzahlungen der Beschäftigten – auf diese Weise gehen Überstunden nicht verloren, sondern verwandeln sich in ein Zeitguthaben, das per Tarifvertrag oder durch den Staat nach dem Prinzip eines Chancenkontos aufgestockt werden kann.“ (S. 40)

Freie Demokraten FDP

**Flexiblere Einteilung der Arbeitszeit:** „Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht.“ (S. 32)

DIE LINKE.

**Höchst arbeitszeit von 40 Stunden, Ausnahmen begrenzen:** „Die gesetzliche Höchst arbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen. Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchst arbeitszeit von 8 Stunden wollen wir stärker begrenzen. Eine Verkürzung der erforderlichen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wir ab.“ (S. 17)

**Aufzeichnungspflicht des Arbeitgebers:** „Arbeitgeber\*innen müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie die Dauer der gewährten Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen.“ (S. 17)

## Homeoffice

CDU/CSU

**Mobile Arbeit umfassend ermöglichen:** „Wir wollen auch künftig möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen und setzen auf sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebsparteien, die mobiles Arbeiten ermöglichen und den Arbeitsschutz gewährleisten.“ (S. 76)

SPD Soziale Politik für Dich.

**Rechtsanspruch auf mobile Arbeit:** „Wir werden einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen. Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt.“ (S. 29)

**Es gelten Arbeits- und Ruhezeiten, Grundsatz der Freiwilligkeit:** „Klar ist, dass [mobiles Arbeiten] nicht in Rundum-die-Uhr-Arbeiten ausarten darf – auch im Homeoffice müssen Arbeits- und Ruhezeiten gelten, die Arbeitszeit muss jeden Tag vollständig erfasst werden und es braucht ein Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie guten Unfallversicherungsschutz. Um betriebliche Regelungen zur mobilen Arbeit zu fördern, schaffen wir ein Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit. Der Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für Arbeitnehmer\*innen ist für uns Voraussetzung.“ (S. 29)

Freie Demokraten FDP

**Steuerliche Erleichterungen für Homeoffice:** „Wir Freie Demokraten wollen für das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Homeoffice eine erhöhte Werbungskostenpauschale gewähren. Die vom Arbeitgeber gestellte Büroausstattung soll vom Arbeitnehmer steuerfrei genutzt werden können. Darüber hinaus soll im Interesse der Rechtssicherheit auch der rechtliche Rahmen von Homeoffice-Arbeit den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und den für mobile Arbeitsplätze geltenden Vorschriften angeglichen werden.“ (S. 12)

**Erörterungsanspruch bei Wunsch nach Homeoffice:** „Wir Freie Demokraten fordern, mobiles Arbeiten und Homeoffice nach niederländischem Vorbild zu stärken. Dabei muss der Arbeitgeber den Antrag von Beschäftigten auf mobiles Arbeiten und Homeoffice prüfen und mit der oder dem Beschäftigten erörtern. Nicht jede Tätigkeit kann außerhalb des festen Arbeitsplatzes ausgeführt werden. Auch können betriebliche Belange gegen eine Vereinbarung zur mobilen Arbeit sprechen. Zudem müssen bestehende Vereinbarungen anlassbezogen widerrufen werden können. Aber ein Erörterungsanspruch fördert den Kulturwandel und die Akzeptanz für mobiles Arbeiten.“ (S. 32)

**Im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz gelten:** „Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten. Denn bei mobiler Arbeit kann der Arbeitgeber nicht für den richtigen Lichteinfall und Ähnliches verantwortlich sein.“ (S. 32)

## **DIE LINKE.**

**Recht auf Homeoffice sofern die Tätigkeit es zulässt:** „Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Homeoffice einen Teil ihrer Arbeit zu Hause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die Bedingungen für Homeoffice müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden. Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten. Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im Homeoffice geben! Beschäftigte dürfen jedoch nicht zum Homeoffice verpflichtet werden.“ (S. 18)



**Recht auf Homeoffice, Grundsatz der Freiwilligkeit:** „Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im nahe gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im Unternehmen verbunden sein.“ (S. 106)

## Kontakt

### Verband der Immobilienverwalter Deutschland e. V.

Leipziger Platz 9  
10117 Berlin

T 030 300 96 79 - 0  
F 030 300 96 79 - 21  
office@vdiv.de  
www.vdiv.de

### Die Landesverbände

**Verband der Immobilienverwalter Baden-Württemberg e. V.**  
www.vdiv-bw.de

**Verband der Immobilienverwalter Bayern e. V.**  
www.vdiv-bayern.de

**Verband der Immobilienverwalter Berlin-Brandenburg e. V.**  
www.vdiv-bb.de

**Verband der Immobilienverwalter Hessen e. V.**  
www.vdiv-hessen.de

**Verband der Immobilienverwalter Mitteldeutschland e. V.**  
www.vdiv-mitteldeutschland.de

**Verband der Immobilienverwalter Niedersachsen/Bremen e. V.**  
www.vdiv-nds-bremen.de

**Verband der Immobilienverwalter Nordrhein-Westfalen e. V.**  
www.vdiv-nrw.de

**Verband der Immobilienverwalter Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.**  
www.vdiv-rps.de

**Verband der Immobilienverwalter Sachsen-Anhalt e. V.**  
www.vdiv-sa.de

**Verband der Immobilienverwalter Schleswig-Holstein/  
Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern e. V.**  
www.vdiv-nord.de